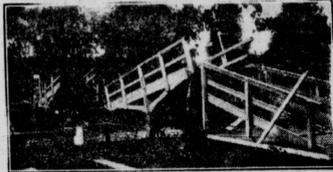


Volks-Zeitung



Die eingestürzte Brücke in Chemnitz

Mit „Unterhaltungs-Blatt“
Moden-Zeitung Sport-Zeitung
Film-Zeitung Haus u. Garten-Zig.
Techn.-Zeitung Witzblatt „ULK“
BERLIN VERANDERLICH



Ein Restaurant in Landrus Mörderhöhle

2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH

Aussenpolitische Rede Curtius' / Landtag nimmt Etat an / Wille zu Gefängnis verurteilt

Das Programm Dietrichs

O. N. Gleichgültig, wie man zu den Steuervorschlägen des Herrn Dietrich auch stehen mag, die frische und durchdachte Art, mit der der Reichswirtschaftsminister, der wahrscheinlich heute noch zum Reichsfinanzminister ernannt werden wird, die Probleme anpackt, steht in einem wohlthuenden Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger Moldenhauer. Während Herr Moldenhauer müde resigniert feststellte, dass sich von dem gegenwärtigen Etat nichts Nennenswertes sparen liesse, verlangt Herr Dietrich eine Sparaktion, deren Ertrag 100 Millionen übersteigt, und er fordert, dass im Oktober weitere Abstriche erfolgen sollen, wenn die Finanzlage das notwendig macht. Dabei will er alle kleinteiligen Mittel vermeiden, die nicht zu Buche schlagen. In dem Ausgabenkürzungsgesetz des Herrn Moldenhauer waren zum Beispiel auch eine Urlaubskürzung für Beamte und andere schickhaften Kleinigkeiten vorgesehen. Darauf will Dietrich verzichten, und es lässt sich nicht leugnen, dass er auch sonst ein Mann von Grosszügigkeit ist. Er will insbesondere jede Sondersteuer insofern vermeiden, als er die Opfer, die der neue Finanzbedarf erfordert, auf alle Schultern verteilt. Leider geschieht dies nicht gleichmässig, sondern das Beamten-Notopfer würde eine schärfere Heranziehung aller Staatsbediensteten des Reiches, der Länder und der Kommunen bedeuten. Alle Jahreseinkommen der Beamten von über 2000 Mark ab sollen für ein halbes oder dreiviertel Jahr 2 bis 3 Prozent vom Bruttoeinkommen tragen. Zum Ausgleich dafür sollen alle Steuerzahler, die über 8400 Mark Jahreseinkommen haben, mit einem Zuschlag zu ihrer bisherigen Einkommensteuer von 5 bis 10 Prozent bedacht werden. Für die Ledigen beträgt der Zuschlag generell 10 Prozent. Herr Dietrich nimmt hier, wohl nicht unbewusst, Vorschläge auf, die von sozialdemokratischer Seite ausgegangen sind. Da auch die Gemeindefinanzen durch die wachsende Krisenfürsorge in Ordnung gebracht werden müssen, scheint Herr Dietrich geneigt zu sein, auch dem preussischen Vorschlag näher zu treten, entweder eine Verwaltungsgabge in Form einer Kopfsteuer, oder die Schankverzehrsteuern, die in vielen fremden Ländern besteht, oder beide Steuerarten einzuführen, wobei es den Gemeinden überlassen bliebe, welche der beiden Steuern sie zur Deckung ihrer Finanzbedürfnisse einführen wollen. Hand in Hand damit geht eine Begrenzung der Realsteuern.

Wenn so das Programm des Herrn Dietrich auch methodischer und gerechter erscheint als die schematischen Sondersteuerpläne des Herrn Moldenhauer, und wenn er insbesondere auch mit den Einsparungen am Etat Ernst zu machen gewillt ist, so bestehen doch auch gegen diese seine Steuerpläne schwerste Bedenken. Es ist darum nicht verwunderlich, dass die demokratische Fraktion sich diesem Programm gegenüber äusserst reserviert verhält. Freilich der Demagogie der Volkspartei kann sich die demokratische Fraktion nicht anschliessen. Die Partei des Herrn Moldenhauer kommt jetzt mit Forderungen, die äusserst bedenklich erscheinen müssen. Sie verlangt nicht nur eine Kürzung der beweglichen Ausgaben im Reichsetat schematisch um 5 Prozent, sondern sie will auch die Reichszuweisungen an die Länder und Gemeinden um 5 Prozent kürzen. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sollen nach dem volksparteilichen Vorschlag nur um ein halbes Prozent erhöht werden, während Herr Moldenhauer bekanntlich eine Erhöhung um 1 Prozent vorschlug. Das durch den volksparteilichen Vorschlag entstehende Defizit kümmert die Herrschaften nicht. Es soll eventuell im Herbst durch

Die Wünsche der Fraktionen

Die Volkspartei schickt Curtius vor / Das Zentrum verlangt Handeln, nicht Verhandeln

Die parlamentarischen Verhältnisse in der näheren Umgebung des Kabinetts Brüning spitzen sich allmählich zu. Gestern nachmittag und abend besprachen drei Regierungsparteien die Lage. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hielt in ihrer am Abend abgehaltenen Sitzung an der bisherigen ablehnenden Haltung gegenüber den Regierungsvorschlägen fest, insbesondere hinsichtlich des Notopfers und der neuen Steuern. Sie setzte den Reichsaussenminister Dr. Curtius von ihrer Auffassung in Kenntnis und drühte von ihm erwarten, dass er die Anschauungen der Fraktion im Kabinett vertreten und ihnen entsprechend handeln werde. Da das Kabinett sich bereits auf das Programm Dietrichs geeinigt hat, ist diese „Erwartung“ sehr naiv.

Die Fraktion der Wirtschaftspartei beschloss, in einem Schreiben an den Reichskanzler weitgehende Ersparnisse im Etat und anstatt des Notopfers eine direkte Herabsetzung der Beamtengehälter in Reich, Ländern und Gemeinden sowie eine gleichzeitige entsprechende Kürzung der Zuweisungen an Länder und Gemeinden zu fordern. Statt der Schankverzehrsteuern, die die Wirtschaftspartei verwirft, wird (wie von der Deutschen Volkspartei) die Kopfsteuer und ebenfalls die Besteuerung der öffentlichen Betriebe verlangt. Unter diesen Voraussetzungen, die allerdings von den bisherigen Vorschlägen der Regierung ausser-

ordentlich weit entfernt sind, würde die Wirtschaftspartei an einem massigen Zuschlag zur Einkommensteuer keinen Anstoss nehmen.

Auch das Zentrum besprach die Lage; hier wurde sehr nachdrücklich der Wunsch laut, dass der Reichskanzler möglichst ohne weitere Verhandlungen mit den Parteien dem Reichstag das Ermächtigungsgesetz für die Durchführung der Finanzreform vorlegen möge.

Völlige Einigung im Kabinett

Brüning fährt heute zum Reichspräsidenten

BERLIN, 25. Juni. (Amtlich.)

Die Aussprache des Reichskabinetts über die gesamtpolitische Lage wurde heute abend unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning — wie bereits gestern in Aussicht genommen — zu Ende geführt. Die Beratungen führten zu völliger Einigung über die zu ergreifenden finanzpolitischen Massnahmen.

Reichskanzler Dr. Brüning wird im Laufe des morgigen Tages dem Herrn Reichspräsidenten hierüber Vortrag erstatten, nach seiner Rückkehr ist am Freitag die Bekanntgabe der Beschlüsse der Reichsregierung zu erwarten.

einen Nachtragsetat gedeckt werden. Das nennt dann die gute Volkspartei Sanierung der Kassenlage! Dass die Deutsche Volkspartei ausserdem sofortige gesetzliche Massnahmen zur Herbeiführung einer allgemeinen Lohn- und Preissenkung in der Privatwirtschaft verlangt, beweist die geringe Ernsthaftigkeit ihrer Vorschläge. Es ist ihr natürlich in erster Linie um die Senkung der Löhne und Gehälter zu tun, und sie will dann gleichzeitig eine Senkung der Beamtengehälter vorgenommen wissen. Ihre Vorschläge sehen sehr danach aus, sich jetzt aus der Verantwortung zu drücken. Anstatt positive Mitarbeit zu leisten, schiebt die Partei nach der bequemen Oppositionsstellung, nachdem sie jetzt in Sachsen die schwere Wahlniederlage erlitten hat.

Natürlich bleiben die Abmarschgelüste der Deutschen Volkspartei nicht ohne Einfluss auf die Wirtschaftspartei und auf die Heiden von der Bayerischen Volkspartei. Die Regierungsbasis wird immer schmaler, und man weiss nicht, was noch werden mag. Für solche Fälle hat Herr Brüning immer seinen beliebten Artikel 48 auf Lager. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so will man dem Reichstag das Programm Dietrichs vorlegen, aber für den Fall der Ablehnung den Artikel 48 in Bewegung setzen. Zu diesem Zwecke will sich Herr Dr. Brüning heute nach Neudeck begeben, um den Reichspräsidenten von Hindenburg um die erforderlichen Vollmachten anzugehen. Würde der Reichstag die Aufhebung etwaiger Notverordnungen beschliessen, so soll an die Wähler appelliert werden. Es hebt also das alte Spiel der Drohungen wieder an! Man rechnet mit der Wahlangst der Parteien und hofft so die Vorlagen durchdrücken zu können. Dazu muss endlich ein ernstes Wort gesagt werden. Der klare

Wortlaut des Artikels 48 lässt sich nur mit einigen Verrenkungen und willkürlichen Auslegungen für die Verordnungen von Steuern benutzen. Wir hoffen, dass Herr Dietrich, wenn er sich wirklich für den undankbaren Posten des Finanzministers opfern sollte, hier dem Kanzler energisch widerspricht. Findet die Regierung für das Programm des Herrn Dietrich keine parlamentarische Mehrheit, weigern sich entweder die Deutschnationalen rechts oder die Sozialdemokraten links dem Programm zuzustimmen, dann hat Herr Brüning die klaren Konsequenzen zu ziehen und dem Reichspräsidenten seine Demission einzureichen. Dann kann man entweder auf veränderter parlamentarischer Basis oder durch Neuwahlen weiterzukommen suchen. Ob der Weg des Ermächtigungsgesetzes gangbar ist, darf gleichfalls als zweifelhaft gelten. Ein allgemeines Ermächtigungsgesetz würde verfassungsändernd sein und eine Zweidrittelmehrheit erfordern. Macht man aber ein detailliertes Ermächtigungsgesetz, so kann man auch die Steuererlässe beschliessen. Die Zeit der Experimente sollte endgültig vorbei sein. Der gerade parlamentarische Weg wird schliesslich im Volke noch am ehesten verstanden werden.

Koloniale Zwangsarbeit unstatthaft

GENÈVE, 25. Juni.

Die Internationale Arbeitskonferenz nahm mit 78 gegen 12 Stimmen in vorläufiger Abstimmung das Abkommen an, das die Beseitigung der Zwangsarbeit in den Kolonien bezweckt und dessen wesentliche Bestimmungen bereits gebilligt sind. Die endgültige Abstimmung findet in der Schlussitzung am Sonnabend statt.